



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 30.3.2015
C(2015) 2089 final

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 30.3.2015

**über ein Pilotprojekt zugunsten der Demokratischen Republik Kongo im Rahmen des
Projekts zur besseren Versorgung von Opfern sexueller Gewalt im Osten der
Demokratischen Republik Kongo zulasten des Gesamthaushaltsplans der Europäischen
Union**

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 30.3.2015

über ein Pilotprojekt zugunsten der Demokratischen Republik Kongo im Rahmen des Projekts zur besseren Versorgung von Opfern sexueller Gewalt im Osten der Demokratischen Republik Kongo zulasten des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION –

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union und zur Aufhebung der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1605/2002 des Rates¹, insbesondere auf Artikel 54 Absatz 2 Buchstabe a und Artikel 84 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Kommission hat das Länderstrategiepapier für die Demokratische Republik Kongo und das Nationale Mehrjahresrichtprogramm für den Zeitraum 2009-2013² angenommen, in dem unter Ziffer 3.3 die Gesundheit als Priorität genannt wird. Die im Rahmen des 10. EEF vorgesehenen Programme im Gesundheitssektor werden in den Jahren 2015 und 2016 fortgesetzt.
- (2) Die sexuelle Gewalt stellt in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) ein gravierendes Problem dar, dessen Ausmaß sich schwer messen lässt und wahrscheinlich unterschätzt wird.
- (3) Vor dem Hintergrund der Unsicherheit, bei der es im Osten des Landes weiter zu kriegesischen Handlungen kommt, sind Vergewaltigungen seit dem Anfang dieses Krieges zur Kriegswaffe geworden.
- (4) Seit 2003 gibt es eine nationale Strategie zur Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt. Die Europäische Union unterstützt diese mit einem Beitrag von 20 000 000 EUR.
- (5) Im Rahmen des Programms zur Stabilisierung und zum Wiederaufbau ehemaliger Kampfzonen im Osten Kongos (STAREC) hat die Regierung 2009 eine globale Strategie zur Bekämpfung sexueller Gewalt verabschiedet. Die Europäische Union trägt über den Finanzrahmen B des Nationalen Richtprogramms im Rahmen des 10. EEF zur Finanzierung von STAREC bei.
- (6) Die Europäische Union trägt ferner über ihre Unterstützungsprogramme für Gesundheitssektor, Polizei, Justiz und Streitkräfte sowie durch ihre humanitären Hilfsmaßnahmen zur Bekämpfung von sexueller Gewalt bei.
- (7) Trotz der laufenden Maßnahmen hat die Mehrzahl der Opfer kaum bzw. überhaupt keinen Zugang zu angemessenen Behandlungsmöglichkeiten, insbesondere im Falle von Komplikationen, die eine Behandlung durch Spezialisten erfordern.

¹ ABl. L 298 vom 26.10.2012, S. 1.

² K(2008)3409 vom 10.7.2008.

- (8) Mit dem Projekt zur Projekts zur besseren Versorgung von Opfern sexueller Gewalt im Osten der Demokratischen Republik Kongo sollen die Qualität und die Verfügbarkeit der Gesundheitsversorgung von Opfern sexueller Gewalt im Osten der Demokratischen Republik Kongo verbessert werden; die Ausbildung von Gesundheitspersonal in diesem Bereich gewährleistet und die Verwaltung dieser Versorgungsangebote gestärkt werden.
- (9) Dieser Beschluss entspricht den Bedingungen des Artikels 94 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 der Kommission vom 29. Oktober 2012 über die Anwendungsbestimmungen für die Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union³.
- (10) Es muss ein Arbeitsprogramm für Zuschüsse gemäß den detaillierten Bestimmungen des Artikels 128 Absatz 1 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 und des Artikels 188 Absatz 1 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 angenommen werden. Das Arbeitsprogramm ist diesem Beschluss beigefügt.
- (11) Zuschüsse können ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen vom zuständigen Anweisungsbefugten vergeben werden, der sicherstellt, dass die Bedingungen des Artikels 190 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erfüllt sind.
- (12) Der mit diesem Beschluss festgesetzte Höchstbeitrag der Europäischen Union sollte etwaige Verzugszinsen auf der Grundlage des Artikels 92 der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012 des Rates und des Artikels 111 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 abdecken.
- (13) Die Kommission ist gehalten, den Begriff „nicht substanzielle Änderung“ im Sinne des Artikels 94 Absatz 4 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 zu definieren, damit derartige Änderungen vom bevollmächtigten Anweisungsbefugten oder – unter seiner Verantwortung – vom nachgeordnet bevollmächtigten Anweisungsbefugten (im Folgenden „zuständiger Anweisungsbefugter“) vorgenommen werden können.

BESCHLIESST:

Artikel 1

Annahme der Maßnahme

Der Beschluss über das im Anhang beschriebene Pilotprojekt zugunsten der Demokratischen Republik Kongo im Rahmen des Projekts zur besseren Versorgung von Opfern sexueller Gewalt im Osten der Demokratischen Republik Kongo zulasten des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union wird angenommen.

Das Projekt umfasst die folgende Maßnahme:

- Anhang: Projekt zur besseren Versorgung von Opfern sexueller Gewalt im Osten der Demokratischen Republik Kongo

Artikel 2

Finanzieller Beitrag

³ ABL L 362 vom 31.12.2012, S. 1.

Der in Artikel 1 genannte Höchstbeitrag der Europäischen Union für die Durchführung des in Artikel 1 genannten Pilotprojekts beläuft sich auf 2 000 000 EUR zulasten der Haushaltslinie 21 02 77 13 des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für 2014.

Artikel 3

Durchführungsverfahren

Im Abschnitt 4 „Mise en oeuvre“ des Anhangs zu diesem Beschluss sind die Elemente aufgeführt, die nach Artikel 94 Absatz 2 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 erforderlich sind.

Zuschüsse können vom zuständigen Anweisungsbefugten nach Artikel 190 der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1268/2012 ohne Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen vergeben werden.

Der in Artikel 2 genannte Finanzbeitrag deckt etwaige Verzugszinsen ab.

Artikel 4

Nicht substanzielle Änderungen

Mittelerhöhungen oder Mittelsenkungen, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, und kumulierte Änderungen der Mittelzuweisungen für die einzelnen Maßnahmen, die insgesamt 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen der Durchführungsfrist gelten nicht als substanziell im Sinne des Artikels 94 Absatz 4 der delegierten Verordnung (EG, Euratom) Nr. 1268/2012, wenn sie sich nicht wesentlich die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken. Die in diesem Artikel festgelegte Obergrenze gilt auch für die Inanspruchnahme von Rückstellungen für unvorhergesehene Ausgaben.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann solche nicht substanziellen Änderungen im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit beschließen.

Geschehen zu Brüssel am 30.3.2015

*Für die Kommission
Neven Mimica
Mitglied der Kommission*